

23/SN-71/ME

GZ.: Präs - 21 - Ge 2 - 80/7

Graz, am 30. Juli 1984

Ggst.: Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Gewerbliche Sozial-
versicherungsgesetz geändert
wird (9. Novelle zum GSVG);
Stellungnahme.

Tel.: 831/2428 od. 2671

Schrift GESETZENTWURF

Zl. 30-GE/1984

Datum: 08. AUG. 1984

Verteilt 1984-08-09 Puchnerberger

Dr. Tajek

1. Dem Präsidium des Nationalrates, 1010 Wien I.,
Dr. Karl Renner-Ring 3 (mit 25 Abdrucken);
2. allen steirischen Mitgliedern des Nationalrates;
3. allen steirischen Mitgliedern des Bundesrates;
4. allen Ämtern der Landesregierungen
(Landesamtsdirektion);
5. der Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt
der NÖ Landesregierung, 1014 Wien, Schenkenstraße 4,

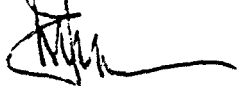
zur gefälligen Kenntnisnahme.

Für die Steiermärkische Landesregierung:

Der Landeshauptmann:

Dr. Krainer eh.

F.d.R.d.A.:



A B S C H R I F T


 AMT DER
 STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG

8011 Graz, Landesregierung - Rechtsabteilung 5

 An das
 Bundesministerium
 für soziale Verwaltung

 Stubenring 1
 A-1010 W i e n

 Rechtsabteilung 5
 8011 Graz, Paulustorgasse 4
 DVR 0087122
 Bearbeiter Dr. Temmel

 Telefon DW (0 31 6) 831/ 2913
 Telex 031838 lgr gz a

 Parteienverkehr
 Montag bis Freitag 8 bis 12 Uhr

 Bitte in der Antwort das Geschäftszeichen
 dieses Schreibens anführen

GZ Präs - 21 Ge 2 - 80/7

Graz, am 30. Juli 1984

 Ggst Entwurf eines Bundesgesetzes, mit
 dem das Gewerbliche Sozialversiche-
 rungsgesetz geändert wird (9. Novelle
 zum GSVG); Begutachtungsverfahren.

Bezug: Zl. 20.547/2-1b/1984

Gegen den mit do. Note vom 30. April 1984, obige Zahl, übermittelten Entwurf eines "Bundesgesetzes, mit dem das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz geändert wird", bestehen unter dem Gesichtspunkt der allgemein notwendigen Reformierung der Sozialgesetzgebung gegen die vorgesehenen Erhöhungen keine grundsätzlichen Bedenken. Bedenken werden allerdings vornehmlich in der vorgesehenen Änderung des Art. I Z. 7 (§ 34 Abs. 2) erblickt, da keine Vorsorge dafür getroffen wurde, wie der verringerte Bundesbeitrag seitens der gewerblichen Sozialversicherung aufgefangen werden soll. Diesem Umstand kommt insofern besondere Bedeutung zu, als durch die vorgesehene neue Regelung des Art. I Z. 5 (§ 29 Abs. 1) eine zusätzliche Verkürzung der Mittel eintritt.

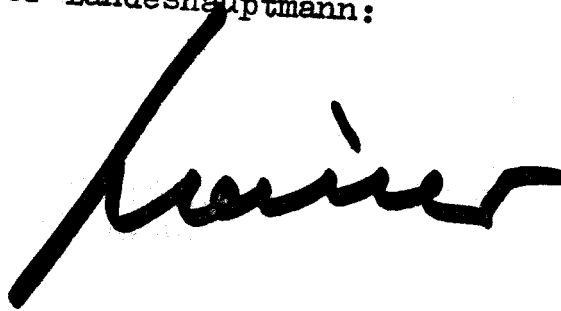
Aber auch gegen die Ruhensbestimmungen, im besonderen in der nunmehr vorgesehenen Form, müssen aus mehrfachen Überlegungen ernsthafte Bedenken geltend gemacht werden, zumal sich in der Vergangenheit gezeigt hat, daß sich durch solche Bestimmungen keine nennenswerten Einsparungen erzielen lassen, andererseits

- 2 -

damit aber Probleme grundrechtlicher Art in Diskussion gestellt werden.

Dem Präsidium des Nationalrates werden 25 Abdrucke dieser Stellungnahme unmittelbar zugeleitet.

Für die Steiermärkische Landesregierung:
Der Landeshauptmann:

A large, bold, handwritten signature in black ink, appearing to read 'Kainr', is written over the printed name of the Landeshauptmann.